

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	13
		TOP:	2
Verhandlung		Drucksache:	135/2023
		GZ:	S/OB
Sitzungstermin:	03.03.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Fuhrmann		
Berichterstattung:	Herr Forderer (S/OB)		
Protokollführung:	Herr Haupt / fr		
Betreff:	Autofreier Sonntag / Klima-Aktionstag		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 22.02.2023, GRDRs 135/2023, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, am 24. Juni 2023 einen Klimaaktionstag und am 17. September 2023 den Autofreien Sonntag THEO-mobil durchzuführen.
2. Vorbehaltlich der Finanzierbarkeit wird einer kostenfreien Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Tarifzone 1 des VVS an drei Samstagen, und zwar am 24. Juni, 17. September und 5. November 2023 zugestimmt.
3. Den überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von bis zu 350.000 EUR zur Planung und Durchführung des Klimaaktionstags beim Amt für Umweltschutz, im THH 360 - Amt für Umweltschutz, Amtsbereich 3607020 - Energiewirtschaft, Kontengruppe 44310 - Geschäftsaufwendungen, wird zugestimmt.
4. Die Deckung erfolgt aus THH 810 - Bürgermeisteramt, Amtsbereich 8107015 - Referat Strategische Planung und Nachhaltige Mobilität, Kontengruppe 440 - sonstige ordentliche Aufwendungen - aus dem Budget Autofreier Sonntag / Stuttgarter Mobilitätswoche.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Herr Forderer (S/OB) betont, in Bezug auf den Autofreien Sonntag/Klima-Aktionstag schlage die Verwaltung drei Punkte vor. Zum einen solle ein Klima-Aktionstag am Samstag, 24.06.2023, durchgeführt werden. Dieser Termin liege in der Woche, in der die "Urban Future Conference" in der Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) durchgeführt werde und das IBA-Festival beginne. Das Amt für Umweltschutz (AfU) organisiere diesen Klima-Aktionstag und erhalte hierfür ein Budget von 300.000 Euro. Zudem werde ein Tag mit kostenlosem ÖPNV finanziert, wodurch sich eine Gesamtsumme von 600.000 Euro ergebe. Als zweite Maßnahme habe eine Abstimmung mit den Stadtbezirken stattgefunden: Diese wünschten keine dezentrale Mobilitätswoche, da dies vor allem für die kleineren Stadtbezirke einen zu großen Aufwand darstelle. Daher schlage die Verwaltung vor, die Theodor-Heuss-Straße wie im Jahr 2019 zu sperren und dort eine große vielfältige Veranstaltung durchzuführen. Als dritter Punkt seien im letzten Jahr drei Tage mit kostenlosem ÖPNV durchgeführt worden, um auf Initiative der Wirtschaftsförderung den lokalen Handel anzukurbeln. Da einer dieser Tage in den Zeitraum des 9 Euro-Tickets gefallen sei, stehe nun eine Summe von 200.000 Euro zur Verfügung. In einem Gespräch mit OB Dr. Nopper habe Herr Hahn von der City-Initiative Stuttgart (CIS) den Wunsch geäußert, den 05.11.2023 für den Tag des kostenlosen ÖPNV auszuwählen, da an diesem Tag "STUTTGART CITY LEUCHTET!" stattfinde und ein verkaufsoffener Sonntag durchgeführt werden könne. Die Verwaltung habe von der VVS prüfen lassen, ob das 49-Euro-Ticket Auswirkungen auf die Kosten von derartigen Tagen habe. In diesem Zusammenhang habe die VVS ausgesagt, dies sei nicht der Fall.

Die Vorlage sei im Grunde im Sinne seiner Fraktion, so StR Peterhoff (90/GRÜNE). Diese habe das Thema der "Urban Future Conference" angebracht. Der Klima-Aktionstag solle konkretisiert werden und die B14 solle autofrei gehalten werden. Es sei beantragt worden, die detaillierten Pläne hierzu vorgestellt zu bekommen. Zudem sei es sinnvoll, die gesamte "Urban Future Conference" über das AfU abzuwickeln. In Bezug auf den Aspekt des kostenfreien ÖPNV sei eine erste Evaluation vorgenommen worden. Im letzten Jahr seien Gelder eingespart und daher nicht die vollen 250.000 Euro gezahlt worden. Es sei etwas fragwürdig, wie sich die weitere Entwicklung fortsetze: Schließlich werde ein Deutschland-Ticket kommen, und immer mehr Bürger*innen in der Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) besäßen ein Dauerticket, wodurch der Einspar-effekt zunehmend geringer werde, aber die Kosten gleichblieben. Seine Fraktion wolle jedoch nicht die drei Veranstaltungstage verhindern. Es sei ein ÖPNV-Gratis-Samstag an den drei verkaufsoffenen Samstagen durchgeführt worden, was sich auf den Einzelhandel positiv ausgewirkt habe. Allerdings solle ein Fazit gezogen werden, wie hoch der Effekt noch sei. Je günstiger die Tickets seien und je mehr Menschen diese Tickets besäßen, desto fragwürdiger werde die Verwendung einer Viertelmillion Euro für einen Ein-Tages-Event. Bei der Frage der Konzentration auf die Theodor-Heuss-Straße habe ein Umschwenken von einer zentrierten Aktion auf eine dezentrale Aktion stattgefunden. Insofern sei die Argumentation eher spärlich, die Verwaltung sei nach Rücksprache mit den Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorstehern zu dem Schluss gekommen, keine dezentralen Aktionen mehr durchzuführen zu wollen. Grundsätzlich sei es sinnvoll, eine konzentrierte Aktion durchzuführen. Allerdings sollten keine zusätzlichen Pilotprojekte verwehrt werden. Der "Barcelona-Superblock" im Stuttgarter Westen sowie der wochenlange Test eines Ortsbusses im Stadtbezirk Stammheim hätten gut funkio-

niert. Derartige Projekte sollten auch zukünftig ermöglicht werden. Kleine von Initiativen gestemte Aktionen seien dagegen für die Betreiber sehr aufwendig, sodass sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit stelle. Es stelle sich die Fragen, ob langfristig eine Konzentration auf die B14 an der Kulturmeile mit den Anrainern erfolgen sollte. Mit diesen Anrainern ergebe sich die Möglichkeit, eine attraktive Aktion ohne großen Aufwand seitens der Verwaltung durchzuführen. Dieses Vorgehen stelle einen Vorschlag seiner Fraktion für die Weiterentwicklung dar, so StR Peterhoff. Es stelle sich die Frage, was hinsichtlich des "Theo-Aktionstages" konkret geplant sei.

Falls die Durchführung eines autofreien Samstags aufgrund des 9-Euro-Ticket günstiger geworden sei, müsse dies ebenso bei einem 49-Euro-Ticket der Fall sein, so StR Kotz (CDU). Er könne sich nicht vorstellen, dass dies keinerlei Auswirkungen auf die Kosten mit sich bringe. Die Buchungszahlen des 49-Euro-Ticket müssten mit den Buchungszahlen des 9-Euro-Tickets verglichen werden. Diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die bislang noch nicht den ÖPNV nutzten, müssten weiterhin zu einer Teilnahme motiviert werden. Auf seine Frage nach der konkreten Planung des Klima-Aktionstag im Juni betont Herr Dr. Görres (AfU), in der nächsten Woche solle das Programm detailliert durchgegangen werden. Danach werde die Verwaltung in die Umsetzung gehen, und sobald ein Programm-Entwurf bestehe, werde darüber informativ reflektiert.

Hinsichtlich der Veranstaltung auf der Theodor-Heuss-Straße habe Herr Forderer ausgeführt, die Veranstaltung sei bunt und vielfältig gewesen, so StR Kotz. Nach seiner Auffassung habe es sich jedoch lediglich um die Aufreihung der städtischen Ämter und Eigenbetriebe gehandelt. Eine unbezahlt im Sinne eines bürgerschaftlichen Engagements aufgetretene Stadtgesellschaft aus Vereinen, Organisationen, Kirchen usw. sei nicht aufgetreten. Statt einer aus den Stadtquartieren bekannten attraktiven Hocketse sei die Veranstaltung "trist und mau" verlaufen. Falls das Thema Klima fest in der Stadtgesellschaft verankert werden solle, solle dies nicht im Rahmen einer Schauausstellung städtischer Ämter geschehen. Falls ein Stadtbezirk eine attraktive Idee für eine dezentrale Veranstaltung habe und diese umsetzen wolle, stehe hierfür ein Budget zur Verfügung. Eine derartige dezentrale Veranstaltung dürfe nicht aufgrund der zentralen Veranstaltung auf der Theodor-Heuss-Straße untersagt werden.

StRin Schanbacher (SPD) betont, hinsichtlich der Vorlage stelle sich die Frage, wie die Bürgerschaft zum Umstieg auf den ÖPNV bewegt werden könne. Das Deutschland-Ticket stelle hierbei einen großen Schritt dar. In der LHS sei mit der Veranstaltung "THEO-Autofrei" ein erster Schritt gewagt und ein großes Stadtfest mit dem kostenlosen ÖPNV und weiteren Maßnahmen durchgeführt worden. Ein Schritt, der in den letzten Wochen fraktionsübergreifend angeregt worden sei, sei die Anknüpfung an die B14 Kulturmeile und der enorme Umbau der stadttrennenden Autobahn als eines der größten in Stuttgart geplanten Projekte. Die "Urban Future Conference" sei aus Sicht ihrer Fraktion ein geeigneter Anlass, diesen Straßenbereich aufzubrechen und alternative Möglichkeiten der Stadtraumgestaltung aufzuzeigen. Wie von StR Peterhoff erwähnt, solle auf dieses Thema erneut eingegangen werden, da es in der Vorlage in dieser Form nicht aufgegriffen worden sei. Die Signale aus der Bürgerschaft seien dem Vorhaben gegenüber völlig positiv. Dies betreffe nicht lediglich den Bereich der Kulturmeile, sondern die Steigerung der Attraktivität des gesamten Stadtraums. In Bezug auf den Klima-Aktionsplan erkundigt sich die Stadträtin nach den aktuellen Planungen. Wie von StR Kotz dargestellt, sei eine Show der städtischen Ämter über das Thema Klimaschutz nicht ausreichend, da die "Urban Future Conference" ein anderes Signal für die Zukunft aussende. Eine Verwaltungsabteilung sei bislang für den Aktionsplan und dessen zahlreiche Maß-

nahmen für die Stadtgesellschaft zuständig gewesen. Auf ihre Frage, aus welchem Grund nun das AfU hierfür zuständig ist, und ob an eine Vertiefung in Richtung Energieversorgung und Gebäudesanierung gedacht ist, betont Herr Dr. Görres, die Idee eines Klima-Aktionstags habe schon länger bestanden und sei immer wieder geschoben worden. Die Initiative aus dem Bereich der Staatstheater und die Verbindung mit der "Urban Future Conference" sei äußerst positiv zu bewerten. Schließlich werde in dieser Woche über das Weltklima diskutiert und am Samstag auf Stuttgart heruntergebrochen. Sein Amt sei sehr dankbar gewesen, hierfür ein Budget von S/OB zu erhalten, um diesen Veranstaltungstag durchzuführen und umzusetzen. Die gemeinsame Idee mit Staatstheater und dem Stadtpalais sei in einer relativ frühen Phase entwickelt worden und sei nun mit Leben gefüllt worden. Am gestrigen Tag habe ein längerer Ortstermin im Staatstheater stattgefunden, und dabei würden sehr große Chancen gesehen, das Thema am Klima-Aktionstag weit zu spinnen: Das betreffe den Bereich der Stadtentwicklung und die gesamten Umweltthemen, wie die Veränderung des Stadtklimas und die Entwicklung des Stadtgrüns. Herr Giese vom Stadtpalais habe die Idee eines Klima-Labyrinths entwickelt. Ebenso solle die Verbindung zur "Urban Future Conference" genutzt werden und die ohnehin in dieser Woche anwesenden Referenten einen Tag länger in Stuttgart gehalten werden. Dadurch könnten diese in den Prozess einbezogen werden und das Thema auf die Stadt heruntergebrochen werden. Der Intendant der Staatsoper, Herr Kosminski, habe ausgesagt, das Schauspiel "Ökozid" werde an diesem Freitag und Samstag aufgeführt. Aufgrund der attraktiven Räumlichkeiten im Foyer böten die Staatstheater auch bei schlechtem Wetter die Möglichkeit für interessante Diskussionen. Im Rahmen dieser Veranstaltung würden sich keine städtischen Ämter präsentieren. Lediglich das AfU sei mit einem kleinen Infostand vertreten. Die wesentlichen Akteure seien u. a. die Umweltverbände, das Handwerk, das Energieberatungszentrum (EBZ), die SWS, die EnBW usw. In gleichem Stil wie die Energiethemen würden die Aspekte Stadtklima und Wasser angegangen. Falls aus dem Bereichen Verkehr und Mobilität weitere Dinge präsentiert werden könnten, sei dies positiv zu begrüßen. Vor den Räumlichkeiten der Staatstheater solle ein Markt der Möglichkeiten geschaffen werden, und dieser müsse möglicherweise bis zum Landtag ausgedehnt werden.

Es sei erfreulich, dass die dezentrale Mobilitätswoche getestet worden sei, so StRin Schanbacher. Allerdings sei das Fazit aus ihrer Fraktion, dass die Veranstaltung in dieser Form nicht die gewünschte Wirkung erzielt habe. Ziel sei es gewesen, in der gesamten Stadt die Möglichkeiten der Mobilitätswende aufzuzeigen, wozu eine zentrale Veranstaltung besser geeignet sei. Projekte wie der "Barcelona-Superblock" seien unabhängig von Mobilitätswochen sehr geeignet, um zukünftige Stadtgestaltung darzustellen. Die Mobilitätswoche sei derart schlecht umgesetzt worden, dass diejenigen Bürger*innen, die sich nicht mit dem Thema befasst hätten, noch skeptischer als bislang seien.

Seine Fraktion werde die Vorlage unterstützen und ihr zustimmen, betont StR Rockenbach (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Seine Wählergruppe "Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS)" organisiere schon jahrelang selber eine autofreie B14. So werde am 23.04.2023 erneut ein Frühstückspicknick auf der B14 veranstaltet. In Bezug auf einen kostenlosen Nahverkehr sei die Haltung seiner Fraktionsgemeinschaft bekannt: Mehr davon könne nicht genug sein. Ziel sei ein ganzjähriger kostenloser Nahverkehr, da er eine Daseinsvorsorge darstelle. Es sei nachteilig, dass die gewünschte Mobilität Barrieren und Tickets voraussetze. Er freue sich auf die Haushaltsplan-Debatten, in denen seine Fraktionsgemeinschaft strukturellere und umfassendere Vorschläge unterbreiten werde. In den letzten Beratungen habe der "Einmal-im-Monat-

sonntags-autofrei-Vorschlag" bedauerlicherweise keine Mehrheit gefunden. Der Vorteil sei das Vorhandensein einer Klimawirkung und ein Gewohnheitseffekt in der Bevölkerung. Mit Rhythmus und Regelmäßigkeit würden derartige Anreizsysteme wirkungsvoller als ein dreimaliges Event im Jahr, das keine Beachtung finde. Eine Mobilität ohne Auto trage zu einer Steigerung der Lebensqualität der öffentlichen Räume der Stadt nach menschlichem Maß bei.

StR Serwani (FDP) betont, er werde der Vorlage zustimmen. Es sei zu begrüßen, dass am 05.11.2023 gemeinsam mit CIS wieder ein verkaufsoffener Sonntag durchgeführt werde, da auf diese Weise mehr Bürger die Innenstadt besuchten. Er habe sich ebenso über die Kosten des ÖPNV für die drei kostenlosen Samstage gewundert. Allerdings sei noch nicht bekannt, wie sich das 49-Euro-Ticket auf die Nutzerzahlen auswirken werde. Es sei bereits erwähnt worden, zunächst die entsprechenden Zahlen abzuwarten. Das Programm an sich begrüßt der Stadtrat, und den Stadtbezirken solle offengelassen werden, welche Veranstaltungen dort geplant werden könnten. Aus einigen Stadtbezirken sei ihm das Interesse von Vereinen an einer Teilnahme bekundet worden, so StR Serwani. Er habe oftmals in Bezug auf Mobilitätswochen ausgeführt, dass mehr Gelder für den ÖPNV bereitgestellt werden sollten. Im den neuen Haushaltsplanberatungen werde sich seine Fraktion ab Herbst zu diesem Thema einbringen. Aus Sicht der Fraktion sei die Veranstaltung "Theo-autofrei" positiv zu bewerten.

Aufgrund des heutigen Streiks der SSB erlebe man einen Aktionstag "ÖPNV-freie Stadt", führt StR Ozasek (PULS) aus. Als Konsequenz hätten sich Staus und ein Verkehrschaos durch die Autoflut ergeben. Fahrräder seien das geeignetste Verkehrsmittel, um die Mobilitätswende zu organisieren. Es stelle sich die Frage, auf welche Weise die Aktionstage maximal klimawirksam gestaltet werden könnten. Der mit einem Kulturprogramm angereicherte Markt der Möglichkeiten sei damals sehr attraktiv gewesen. Im Gegensatz zu StR Kotz habe er durchaus das bürgerschaftliche Engagement wahrgenommen. Die Bürgerinitiativen, der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC), der Verkehrsclub Deutschland (VCD) und weitere Gruppen seien mit Info-Ständen vertreten gewesen und nicht lediglich die städtischen Ämter. Das Ehrenamt stoße insbesondere bei den dezentralen Aktionstagen immer mehr an seine Grenzen. Daher stimme er im Kern einer Rückkehr zu einer fokussierten Aktion zu. Dennoch sollten spezifische Projekte wie der "Barcelona-Superblock" im Stuttgarter Westen oder andere Verkehrsversuche zugelassen werden. Die Kampagne "#jetztklimate" solle ebenso deutlich platziert werden. Bezüglich der Wirksamkeit der hohen Summen für den kostenlosen ÖPNV erinnere er sich noch gut, dass im Rahmen der damaligen Evaluation keine verkehrslenkende und keine nachhaltige Wirkung in Bezug auf das Mobilitätsverhalten festgestellt werden konnte. Daher stelle sich die Frage, ob derart hohe Summen aufgewendet werden müssten. Er könne die Argumentation des VVS nicht nachvollziehen, weder das Deutschland-Ticket noch das Jugend-Ticket spiele in diesem Zusammenhang eine Rolle und die Berechnung erfolge wie bislang üblich. Er habe Vorbehalte, der Beschlussziffer 2 des Beschlussantrages zuzustimmen. Mit den dort vorgesehenen finanziellen Mitteln könnten wesentlich klimawirksamere Maßnahmen durchgeführt werden, als mit Einmaleffekten, die schlussendlich wirkungslos verpufften. In Bezug auf die Veranstaltung auf der Theodor-Heuss-Straße sei es wichtig, die Stadtplanung und die Verkehrsplanung miteinzubinden. In den Haushaltsplanberatungen sei ein städtebaulicher Wettbewerb mit relativ hohen Summen beschlossen worden. Ihm sei bekannt, dass die Verwaltung dieses Thema noch nicht angehen wolle und sich personell nicht in der Lage sehe, eine Auslobung mit einem erkennbaren Zeithorizont zu formulieren. Es sei eine richtige Gelegenheit, in einem öffentlichen Werkstattprozess Vorschläge aus der

Bürgerschaft und den Initiativen mitaufzunehmen, wie die B27 transformiert werden könne. So könne eine ähnliche Idee entwickelt werden, wie dies mit dem neuen Stadtraum an der B14 geschehen sei, bei dem ebenso ein Prozess vorgeschaltet worden sei. Dabei seien die Problemstellungen und Schmerzpunkte der stadtzerstörerischen Wirkung der Stadtautobahn B14 für eine Auslobung identifiziert worden. Der Fokus solle perspektivisch auf den neuen Stadtraum an der B14 gelegt werden, und es solle ein öffentlicher Umsetzungsvorschlag entwickelt werden. Auf Antrag seiner Fraktionsgemeinschaft werde das Stadtplanungsamt im Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik (STA) berichten, wie sich die Umsetzung des neuen Stadtraums B14 gestalten werde. Hierzu werde ein Projektmanagement benötigt.

StR Zaiß (FW) betont, auch seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Der Stadtrat erinnert daran, was die Stadt ausgemacht hat und was sie heutzutage darstellt. Dies seien in erster Linie Fahrzeuge und Verkehre gewesen, die der Stadt zu ihrer heutigen Bedeutung verholfen hätten. Es solle nicht infrage gestellt werden, dass diese Situation zukünftig nicht so bleiben werde. Die Entwicklung solle mit viel Augenmaß betrachtet werden. Die Höhe der Aufwendungen für den kostenfreien ÖPNV sei reine Verhandlungssache. Es sei nicht feststellbar, wie viele Nutzer mit welchem Ticket führen. Unabhängig davon, ob der Betrag zu hoch oder zu niedrig angesetzt sei, komme er ohnehin dem ÖPNV zugute und die Zuschüsse würden sich nicht eklatant verändern.

Herr Forderer betont hinsichtlich mehrerer Wortbeiträge zur Aufarbeitung der Veranstaltungen, eine diesbezügliche Präsentation, die im Kreis der Bezirksvorsteher*innen vorgestellt worden sei, könne zur Verfügung gestellt werden. Das größte Problem habe darin bestanden, dass innerhalb der Stadtteile gegenseitig Konkurrenz bestanden habe. Zudem seien die Stadtbezirke teilweise überfordert gewesen, da sie nicht mit dem hohen Aufwand für die Aktionen gerechnet hätten. Zudem seien die ehrenamtlichen Vertreter*innen das gesamte Jahr über ausgelastet. Außerdem sei eine gewisse Enttäuschung über das teilweise sehr geringe Publikum aufgekommen. Die Verwaltung wolle sich nicht ausschließlich auf eine zentrale Veranstaltung festlegen. Falls geeignete Vorschläge, wie beispielsweise derzeit aus Stammheim, eingingen, würden diese berücksichtigt. Allerdings wolle er sich nicht sowohl auf eine große zentrale als auch dezentrale Veranstaltung festlegen, da dies nicht gleichzeitig gestemmt werden könne. Einzelne Aktionen aus den Stadtbezirken könnten innerhalb der europäischen Mobilitätswoche genutzt werden. Dieses Vorgehen werde wie bislang mit einem Budget von 5.000 Euro pro Stadtteil unterstützt.

Bezüglich der angesprochenen verschiedenen günstigen ÖPNV-Tickets betont Herr Forderer, ihn habe die Aussage der VVS selber überrascht, diese Tickets brächten keinem Unterschied bei den Kosten mit sich. Herr Forderer schlägt vor, zunächst die Entwicklung abzuwarten. Dieses Jahr könne mit einer Art Zäsur gerechnet werden. Hinsichtlich der B14 könne die Verwaltung deren Einbeziehung aufgrund des großen Vorlaufs nicht bewältigen. Die in Stuttgart könne wegen der Fußball-EM keinerlei Unterstützung anbieten, was bedeute, externe Partner hinzuziehen zu müssen. Daher sei es in diesem Jahr einfacher, die Veranstaltung auf der Theodor-Heuss-Straße durchzuführen. Falls das Gremium jedoch den Wunsch äußere, die B14 miteinzubeziehen, werde dies ebenso möglich sein. Eine rechtliche Voraussetzung für eine Sperrung der B14 bestehe darin, diese bespielen zu müssen. Falls die anliegenden Kulturinstitutionen dieses umsetzen, sei dies positiv zu begrüßen. In Bezug auf die von StR Kotz an der zu geringen Miteinbeziehung der Stadtgesellschaft geäußerten Kritik, betont Herr Forderer, dieses habe er anders empfunden. Zahlreiche Institutionen und Volks-

hochschulen hätten an der Veranstaltung teilgenommen. Eher hätten die Vereine gefehlt und diese müssten zukünftig stärker angesprochen werden. Im Gegensatz zum Jahr 2019 bestehe nun eine Kommunikationsarchitektur. Dies betreffe die Klimaschutzkampagne "#jetztklimachen" sowie den neuen Mobilitätsnewsletter, für den innerhalb kürzester Zeit nahezu 10.000 Anmeldungen eingegangen seien. Mit diesen Werkzeugen könne die Bürgerschaft besser erreicht werden. Nach Beendigung der Organisation für die "Urban Future Conference", was seine Abteilung derzeit personell sehr stark belastete, könnten zusätzliche Institutionen angegangen werden, um diese zu einer Teilnahme an der Veranstaltung zu motivieren. Diese dürfe keine Ämterparade darstellen und solle sich bunt und vielfältig präsentieren. Rund 25.000 Besucherinnen und Besucher hätten hieran das letzte Mal teilgenommen. Hinsichtlich von spezifischen Projekten liefen entsprechende Überlegungen. Erst am gestrigen Tag habe er mit Herrn Braun vom Fraunhofer-Institut über die Möglichkeit einer Stadtraumsimulation an der Theodor-Heuss-Straße diskutiert. Ebenso könne der Veranstaltungstag mit Werkstattgesprächen begleitet und Bürgerinnen und Bürger zu Diskussionsrunden eingeladen werden. Auf die Anregung von StR Ozasek, die Verwaltung solle berichten, ob die Verwendung der 250.000 Euro je Aktionstag sinnvoll sei, betont Herr Forderer, in Bezug auf die Kosten und die möglichen Effekte könne nur schwer ausgesagt werden, welchen Betrag beispielsweise die städtische Wirtschaftsförderung auf den lokalen Handel oder die Mobilitätswende einzahle. Ein Budget sei vom letzten Jahr übrig und es sei nicht nötig, dieses erst zu übertragen. Angesichts der hohen Kosten stelle sich ab dem nächsten Jahr jedoch die Frage nach der erzielten Wirkung.

StR Winter (90/GRÜNE) betont auf die Ausführungen von Herrn Dr. Görres eingehend, auch er habe Gespräche mit den Herren Kosminski und Meister (beide Staatstheater) im Vorfeld geführt. Dabei sei die Sichtbarmachung der Anrainer der B14 diskutiert worden. Es sei die Idee entstanden, ebenso die B14 an dem Veranstaltungstag zu nutzen und den Menschen zu zeigen, was mit der Stadtautobahn geschehen solle. Daher seien die Anrainer sehr gefragt, ein entsprechendes Programm aufzustellen. Ebenso sei es für die Stadtplanung wichtig, die Art und Weise der Entwicklung dieses Stadtraums aufzuzeigen. So könne das Architekturbüro asp die weitere dortige Entwicklung darstellen und entsprechende Bilder präsentieren. Hierzu seien die Gelder gedacht gewesen. Gegen das Programm der Staatstheater, das ohnehin gezeigt werde, sei nichts einzuwenden. Angesichts der zahlreichen Gäste in der Stadt und der Vorbereitungen sei allerdings die Idee, auf der B14 zu zeigen, was mit diesem Stadtraum geschehen solle, als Motto u. a. auch für die "Urban Future Conference" vorgesehen. Neben den künstlerischen Interventionen auf einer Bühne solle eine Beschallung erfolgen. Ebenso könne der Kostümverkauf, welchen die Staatstheater ohnehin jeden ersten Samstag im Monat durchführten, auf die Straße gezogen werden. Möglicherweise könne das Stadtpalais, die Staatsgalerie sowie der Landtag miteingebunden werden. Das gesamte Thema werde nächste Woche im STA erneut behandelt. Bis zu diesem Zeitpunkt solle ein Programm aufgestellt werden, welches über das Frühstück der SÖS hinausgehe. Es sei zu hoffen, dass sich über das Programm die Begeisterung im Gremium zeigen werde. Der kostenlose ÖPNV an gewissen Samstagen müsse entsprechend kommuniziert werden, damit die Bürgerschaft hiervon Kenntnis erlange. Falls lediglich in der SSB Infotafeln gezeigt würden, die auf einen kostenlosen ÖPNV an einem Samstag hinwiesen, werde diese Information lediglich von denjenigen Personen zur Kenntnis genommen, die ohnehin eine Dauerkarte für die SSB besäßen. Vielmehr müsse die sich im Stau befindliche Bürgerschaft auf dieses kostenlose Angebot hingewiesen werden.

StRin Schanbacher betont, sie unterstütze die Ausführung von StR Winter. Die Intention eines entsprechenden Antrags sei die, dass mit der Kulturmeile ein Vorstoß und Entwurf bestehe, welcher absolut visionär sei. Dieser könne jedoch nicht in den nächsten zwei bis drei Jahren umgesetzt werden, sondern lediglich auf sehr lange Sicht. Der Entwurf lebe davon, die gesamte Stadt umzubauen und hierbei die gesamte Stadtgesellschaft miteinzubeziehen. Es gehe jedoch nicht darum, dass auf der B14 keinerlei Verkehr mehr fließen solle. Die weitere Intention liege darin, im Rahmen der "Urban Future Conference" aufzuzeigen, auf welchen Weg sich die Stadt bei diesem Thema begeben werde. Die Stadträtin appelliert, dass bei der Veranstaltung die Entwürfe über den zukünftigen Stadtraum an der B14 eine große Rolle spielen und für die Bürgerschaft visualisiert werden sollten.

Das Thema hinsichtlich der B14 werde an das Referat SWU weitergegeben und BM Pätzold könne in einer der nächsten Sitzungen hierüber berichten, kündigt BM Fuhrmann an.

StR Winter betont, im Grunde genommen sei dies die Maßgabe, unter der der Vorlage zugestimmt werden könne. In einem entsprechenden Antrag sei die besprochene Vorbereitung in genau dieser Art formuliert worden. Die Verwaltung solle in drei bis vier Wochen das Programm vorstellen. Diese Maßgabe gelte ebenso für den STA in der nächsten Woche.

Die Verwaltung habe mit der Genehmigungsbehörde begonnen, das Thema "Straßensperrung B14" zu diskutieren, so Herr Dr. Görres. Wie von Herrn Forderer ausgeführt sei dieser Aspekt nicht trivial und es werde ein entsprechender Vorlauf benötigt. Falls die Vorstellung bestehe, in der Woche der "Urban Future Conference" solle die B14 gesperrt werden, sei dies nicht möglich. Ihm wird aus dem Gremium signalisiert, dass sich die Sperrung lediglich auf einen Tag beziehe. Den Aspekt einer möglichen Umgestaltung dieser Straße werde die Verwaltung aufnehmen und diesem Thema nachgehen. Ein großes Fest über mehrere Tage auf der B14 lasse sich nicht realisieren. Herr Dr. Görres betont, der wesentliche Zeitraum der "Urban Future Conference" beziehe sich auf Montag bis Freitag, während der Samstag lediglich "ein Nachgeklapper" sei. Falls ein weltweites Zeichen gesetzt werden solle, müsse die Veranstaltung vorgezogen werden, was jedoch nicht gelinge. Die Verwaltung konzentriere sich daher auf den Samstag als Veranstaltungstermin.

StR Winter widerspricht, dass der Samstag eine Art "Nachgeklapper" sei. Der Samstag sei bislang noch nicht mit diesem Begriff bezeichnet worden. Ein entsprechendes Bildmaterial könne bereits früher an die Gäste verteilt werden, da sich diese schon seit Wochenbeginn in der Stadt befänden und möglicherweise noch zwei Tag verlängern wollen.

Der Samstag solle kein "Nachgeklapper", sondern der Höhepunkt der "Urban Future Conference" werden, so BM Fuhrmann. Unter dieser Maßgabe könne nun in die Beschlussfassung eingestiegen werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Fuhrmann fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt beschließt mit der Maßgabe, die B14 am Samstag, den 24.06.2023 zu sperren und sie in den Klima-Aktionstag mit einzu-beziehen, sowie dort weitere Aktivitäten durchzuführen, einstimmig wie beantragt.

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Klima-Aktionstag ein entsprechendes Pro-gramm zu unterbreiten.

Zur Beurkundung

Haupt / fr

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
S/OB-Mobil
Stabstelle Klimaschutz
weg. STA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
SSB
VVS
 2. *Referat AKR*
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
in.Stuttgart
SM
 4. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
 5. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
 6. Referat T
Tiefbauamt (2)
 7. BVin Mitte
 8. Amt für Revision
 9. L/OB-K
 10. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand